

## Überregionaler Pressespiegel 09.01.2012

Junge Welt | 09.01.2012 | Markus Bernhardt

### Blockaden gegen rechts

Geplante Aufmärsche von Neofaschisten in Dresden sollen wieder verhindert werden. Anwälteverein fordert zum Kampf um Grund- und Freiheitsrechte auf

Erneut bereiten sich Antifaschisten aus der gesamten Bundesrepublik darauf vor, den traditionellen Aufmarschversuch von Neonazis und Geschichtsrevisoren im Februar in Dresden mittels Massenblockaden zu verhindern. Aktuell hat die rechtsextreme »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) für den 11., 13. und 18. Februar Aufmärsche mit jeweils etwa 2000 Teilnehmern angemeldet und will dann die Erinnerung an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 durch alliierte Streitkräfte mißbrauchen, um die Verbrechen während des Faschismus zu verharmlosen und die deutsche Bevölkerung als unschuldige Opfer eines alliierten »Bombenholocausts« zu inszenieren.

An welchem Tag die Neonazis tatsächlich aufmarschieren wollen, gilt derzeit noch als unklar. So meldeten die Rechten in der Vergangenheit stets Aufmärsche an verschiedenen Tagen an, um ihre Gegner zu verunsichern und eine antifaschistische Mobilisierung zu erschweren. Jedoch spricht einiges dafür, daß es sich beim 18. Februar um den tatsächlichen Aufmarschtag handelt, zu dem seitens der Neonazis überregional mobilisiert wird. Für diesen Tag hat auch eine parteiübergreifende Arbeitsgemeinschaft der Stadt Dresden eine Großdemonstration angemeldet, die in Sicht- und Hörweite des braunen Aufmarsches stattfinden soll.

Wie bereits in den vergangenen beiden Jahren ruft das bundesweite antifaschistische Bündnis »Dresden Nazifrei!«, das unter anderem von Politikern aus Linkspartei, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DKP, Kulturschaffenden, autonomen Antifaschisten und Gewerkschaftsjugend unterstützt wird, dazu auf, die neuerliche Provokation der Rechten zu verhindern. Dies war sowohl 2010 als auch 2011 gelungen, als die Neofaschisten ob der antifaschistischen Massenblockaden unverrichteter Dinge die Heimreise antreten mußten, da die polizeiliche Durchsetzung ihrer Aufmärsche aufgrund der anwesenden Tausenden Antifaschisten unmöglich war.

Gleichzeitig ist auch in diesem Jahr zu erwarten, daß Sachsens Polizei und Justiz massiv gegen antifaschistische Blockierer vorgehen werden. Und es damit zu rechnen, daß erneut Tausende martialisch ausgestattete Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet nach Dresden kommen und den Innenstadtbereich hermetisch abzuriegeln versuchen.

Unterdessen veröffentlichte der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) Einschätzungen zu den staatlichen Reaktionen auf die antifaschistischen Blockaden in den vergangenen beiden Jahren (siehe Spalte). Darin kommen die Juristen zu dem Schluß, daß »die obrigkeitliche Art« der Dresdner Versammlungsbehörde, Auflagen zu erlassen, lediglich das Ziel verfolgt hätte, »die Arbeit der Polizei zu erleichtern, den Neonaziaufmarsch möglichst störungsfrei ablaufen zu lassen und zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Protest in Hör- und Sichtweite zu unterbinden«. Fazit des RAV: »Bei der Verfolgung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen den ehemals größten Neonaziaufmarsch in Europa greifen die Strafverfolgungsbehörden systematisch zu offensichtlich rechtswidrigen Maßnahmen. Diese Repression richtet sich

nicht gegen einzelne ›Gewalttäter‹, sondern betrifft sämtliche Formen des Protestes gegen den Neonaziaufmarsch und die Aktionsform des zivilen Ungehorsams im Besonderen.«

Vor dem Hintergrund der vom neofaschistischen Terrornetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) begangenen Morde und Bombenanschläge hatte Gesine Löttsch, Bundesvorsitzende der Linkspartei, bereits im vergangenen November gegenüber *junge Welt* angekündigt, sich an den friedlichen Blockaden gegen die Nazis beteiligen zu wollen. »Wir sind Zeuge des größten Verfassungsschutzskandals in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Verfassungsschutz hat gezeigt, daß er unsere Verfassung nicht schützt, sondern gefährdet. Er hält die Naziszene mit Steuergeldern am Leben«, konstatierte Löttsch. Gegen die verfassungsfeindliche NPD und ihr terroristisches Umfeld helfe daher nur das Engagement von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die »friedlich zeigen, daß sie die Nazis weder in Dresden noch in einer anderen Stadt haben wollen«.

Sitzen bleiben: Blockadetraining in Dresden (12. November 2011)

<http://www.jungewelt.de/2012/01-09/018.php>

---

Junge Welt | 09.01.2012

Dokumentiert: »Rechtsstaat auf sächsisch«

Aus der Stellungnahme des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) vom 5. Januar zu den staatlichen Reaktionen auf die antifaschistischen Proteste in Dresden 2011:

(...) Das massive Vorgehen der sächsischen Allianz hat das Potential, bundesweit Schule zu machen. Sicherheitsbehörden anderer Länder und des Bundes werden die Vorgehensweise der Dresdner Strafverfolgungsbehörden sehr aufmerksam beobachten, um gegebenenfalls daraus ihre Schlußfolgerung zu ziehen. Dresden muß daher auch als Versuchslabor für das Vorgehen gegen soziale Bewegungen angesehen werden. (...)

1. Bei der Verfolgung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen den ehemals größten Neonaziaufmarsch in Europa greifen die Strafverfolgungsbehörden systematisch zu offensichtlich rechtswidrigen Maßnahmen. (...)
2. Die zuständigen Sicherheitsbehörden und das sie unterstützende mediale und politische Spektrum spielen das Spiel der Neonazis. Den Beteiligten ist bewußt, daß sie mit ihrem Vorgehen alles dafür tun, den Neonazis wieder einen Aufmarsch zu ermöglichen. (...)
3. Die obrigkeitsstaatlich geprägten sächsischen Maßstäbe, die von der dortigen konservativen Allianz durchgesetzt werden, dürfen nicht Schule machen. Wie die Beispiele zeigen, stellen rechtsstaatliche Grundsätze nur eine sehr flexible Grenze für staatliche Macht und Willkür dar. Umso mehr folgt daraus, daß die Begrenzung und Einhegung staatlicher Macht in politischen Auseinandersetzungen täglich neu erkämpft werden muß.
4. Für den Aufmarsch 2012 in Dresden ist es umso wichtiger, daß Antifa, Zivilgesellschaft,

Bürgerrechtler, Gewerkschaften, parteipolitische Organisationen und viele andere solidarisch zusammenwirken – denn es geht nicht nur um den Kampf gegen Neonazis, sondern auch um die Verteidigung von Freiheits- und Grundrechten sowie die Durchsetzung von legitimen Aktionen des zivilen Ungehorsams.

[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

<http://www.jungewelt.de/2012/01-09/019.php>

---

Junge Welt | 09.01.2012 | Markus Bernhardt

»Wir lassen uns nicht einschüchtern«

Trotz Repression: VVN-BdA mobilisiert zu antifaschistischen Massenblockaden in Dresden. Ein Gespräch mit Heinrich Fink

Professor Dr. Heinrich Fink ist Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

*Tausenden Neonazigegnern gelang in den vergangenen zwei Jahren, die bis dahin größten Aufmärsche der rechten Szene im gesamten Bundesgebiet mittels Massenblockaden zu verhindern. Die neofaschistische »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) will im Februar einen neuerlichen Demonstrationsversuch in Dresden starten. Wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVNBdA) ihre Anhänger wieder nach Dresden mobilisieren und die geplanten Blockaden unterstützen?*

Natürlich! Die Mitglieder der VVN mobilisieren so lange gegen die Nazidemonstration nach Dresden, bis die fatale braune Provokation beendet ist. Wir rufen auch in diesem Jahr ausdrücklich dazu auf, sich an den antifaschistischen Massenblockaden zu beteiligen. Wie lange soll es polizeilich zugelassen werden, daß Nazis die Bombardierung Dresdens vom 13. Februar 1945 instrumentalisieren und in einen »Bombenholocaust« umlügen?

*Die massive staatliche Kriminalisierung der linken Demonstranten und die vielen Polizeiübergriffe im letzten Februar haben Sie nicht abgeschreckt?*

Für unsere Mitglieder als demokratische Staatsbürger ist dieses staatliche Drohgebahren eine bittere Erfahrung. Aber sie lassen sich nicht einschüchtern und sind mit allen solidarisch, die von der staatlichen Repressionswelle betroffen sind. Wir haben uns dem Schwur von Buchenwald – also dem Kampf gegen Faschismus und Krieg – gleichermaßen immer verpflichtet gefühlt. Wir lassen uns daher auch nicht von martialisch ausgerüsteten Polizeibeamten, Wasserwerfern und Pfefferspray abhalten. Wobei ich betonen muß, daß viele unserer alten Kameraden diese Auseinandersetzungen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wagen. Unsere jüngeren Freunde und Genossen werden sie vertreten.

*Wie bewerten Sie – als Vorsitzender der größten antifaschistischen Organisation der Bundesrepublik – das Vorgehen der Behörden in Sachen Kriminalisierung*

## *antifaschistischer Proteste?*

*Wenn ich mir vor Augen halte, daß die Mitglieder des neofaschistischen Terrornetzwerkes »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) von den Ermittlungsbehörden und Inlandsgeheimdiensten ungehindert über mehrere Jahre hinweg Menschen ermorden und Bombenanschläge verüben konnten, bin ich bestürzt, wie unerbittlich Polizei und Justiz gegen friedliche Massenblockaden vorgehen. Es macht mich sprachlos, daß ein NSU-Mitglied wie Beate Zschäpe nicht wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt werden können soll, weil dafür Beweise fehlen. Aber Unterstützer des bundesweiten Bündnisses »Dresden Nazifrei!« werden ausgerechnet mit Ermittlungen wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung « kriminalisiert. Am Beispiel Dresden zeigt sich sehr genau, wie wichtig der Kampf für Grund- und Freiheitsrechte und gegen die zunehmende Repression ist. Ich bin daher froh, daß es trotz wiederholter Kriminalisierung der Antifaschisten nicht zu einer Entsolidarisierung gekommen ist, sondern immer mehr Menschen die geplanten Blockaden unterstützen wollen.*

*Im Prozeß gegen einen Teilnehmer an früheren antifaschistischen Massenblockaden in Dresden betonte der zuständige Amtsrichter im Dezember, daß Nazis auf Grund ihres Minderheitenstatus einen besonderen Schutz genießen würden ...*

Zeigt nicht dieser Ausspruch, wie weit wir in diesem Land wieder sind? Die Politik fordert wegen der Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland ständig zu Zivilcourage auf. Wie aber soll die aussehen, wenn rechte Terroristen zehn Jahre lang unter den Augen bestens ausgebildeter Geheimdienste ungehindert Mode verüben, ein Richter Minderheitenschutz für Neonazis vertritt, aber junge Antifaschisten kriminalisiert? Gegen diese Entwicklung muß doch jeder demokratisch gesonnene Bürger energisch protestieren, der aus unserer bitteren Geschichte bis 1945 gelernt hat.

<https://www.jungewelt.de/2012/01-09/020.php>

---

Neue Nordhäuser Zeitung | 09.01.2012 | Lea Stein & Anna Grossmann

### Zeichen setzen (nzz-Forum)

Als im Juli 2011 ein trauriges Trüppchen Neonazis durch Nordhausen marschierte war auf einem ihrer Transparente zu lesen: „Die Straße gehört uns.“ Im Juli in Nordhausen entsprach das den Tatsachen. Dies dürfte für die gesamte extreme Rechte Deutschlands relativ unbedeutend gewesen sein. Doch in Magdeburg und Dresden stellt sich die Situation anders dar. Dazu ein Beitrag von Lea Stein und Anna Grossmann im Forum der nnz...

Beide Städte sind seit vielen Jahren Orte extrem rechten Geschichtsrevisionismus durch organisierte Aufmärsche mit unterschiedlichen Funktionen für die extrem rechte Szene. Nach außen hin geht es um „die Köpfe und Herzen des Volkes“, wie es in zahlreichen Strategiepapieren heißt. Außerdem sollen sie – wie das Beispiel Nordhausen zeigt – eine Machtdemonstration und damit ein deutliches Zeichen an politische Gegner und das verhasste System sein. Doch viel wichtiger als die Außenwirkung sind die Bedeutungen für die Szene selbst.

Gerade für das aktionsorientierte Spektrum der extremen Rechten sind Demonstrationen ein Teil des subkulturellen Angebots und dienen damit auch der Stärkung nach innen. Hinzu kommt, dass besonders die Demonstrationen mit hohen Teilnehmerzahlen helfen, die kollektive Identität der extremen Rechten zu stärken. Dies steigert sich durch die für die Szene wichtigen Anlässe oder Daten, an denen die Veranstaltungen durchgeführt werden. Besonders bei den großen Aufmärschen stehen sie meist in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und erhöhen für die Szene so den symbolischen Wert. Dies können wie in Dresden geschichtsrevisionistische Aufmärsche eines deutschen Opferkultes sein oder Huldigungen eines NS-Verbrechers wie Rudolf Heß in Wunsiedel.

Seit einiger Zeit finden in der extrem rechten Szene Diskussionen über die Bedeutung dieser Demonstrationen statt und es scheinen sich Veränderungen anzukündigen. In welcher Form ist bisher nicht zu erkennen. Doch gibt es auch in diesem Frühjahr vor allem zwei wichtige neonazistische Aufmärsche: Magdeburg und Dresden. Beide Märsche sind in einem gemeinsamen Veranstaltungsbündnis mit gemeinsamer Internetpräsenz organisiert und werden anscheinend von einem sich überschneidenden Organisationskreis vorbereitet.

Zunächst werden Neonazis am 14. Januar in Magdeburg zum Tag der Bombardierung aufmarschieren. Bisher kam der Landeshauptstadt von Sachsen Anhalt in diesem Zusammenhang wenig Aufmerksamkeit zu, obwohl es seit rund zehn Jahren entsprechende neonazistische Aktionen gab, die bis 2005 auf immerhin 1.000 Teilnehmer anstiegen. Nach einem Abfall bis 2010 scheinen sich die Zahlen nun um die 1.000 zu stabilisieren. Trotz vieler engagierter Menschen vor Ort ist man in Magdeburg weit entfernt von einem breiten Protest wie in Dresden.

Die letzten Jahre konnten hier Neonazis nahezu ungestört ihre angemeldete Route ablaufen. Durch die herben Niederlagen in Dresden könnte Magdeburg auch zu einem neuen Anlaufort für Neonazis werden, da man hier eine starke Gegenwehr wie in Dresden bisher nicht befürchten muss. Magdeburg und Dresden sind also in vielerlei Hinsicht nicht getrennt voneinander zu sehen: Weder ideologisch, noch organisatorisch. Deshalb heißt es in diesem Jahr auch den Aufmarsch in Magdeburg verstärkt zu beobachten und sich einen Tag für einen Ausflug in die Sachsen-Anhaltinische Hauptstadt frei zu halten. Magdeburg zu Dresden!

Was die letzten beiden Jahre in Dresden geschafft wurde, ist beeindruckend. Ein breites Bündnis von bis zu 20.000 Menschen aus ganz unterschiedlichen Kontexten hat tausende Nazis in die Schranken gewiesen und diesen gezeigt, dass Dresdens Straßen keineswegs ihnen gehören. An diese Leistung muss angeknüpft werden. Trotz oder auch gerade wegen der fragwürdigen Aktionen der Polizei (<http://www.publikative.org/2011/08/11/razzia-beim-jugendpfarrer-in-jena-ein-skandal/>) im letzten Jahr sollte sich niemand einschüchtern lassen.

Dies macht auch Lothar König, der Jugendpfarrer von Jena, im Mobilisierungsvideo ([http://www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=xVo22OJoyyw](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=xVo22OJoyyw)) der Gegenveranstaltung deutlich. Das dritte Mal in Folge erwartet die Nazis in Dresden eine Niederlage, die nur möglich sein wird, weil tausende engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen, um so ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. Die Grundlage dafür wurde besonders im vergangenen Jahr geschaffen, als sich mehr Dresdner Bürgerinnen und Bürger an den Protesten beteiligten und damit die künstlich aufgebaute Trennung aus dem Vorjahr zurück wiesen.

Doch es können nie genug Menschen sein, die sich dieser Ideologie und diesem Geschichtsbild entgegenstellen. Also heißt es einen Monat nach Magdeburg auf nach Dresden, um eine weitere Landeshauptstadt zu besichtigen. Die Bündnisse in Dresden brauchen auch 2012 jede Unterstützung, die sie bekommen können!

Die Niederlage für die Neonazis in Dresden war 2011 unübersehbar. War es im Vorjahr noch etwa 6.000 Rechtsextremen gelungen, wenigstens bis zum Bahnhof Neustadt zu kommen, warteten nun etwa 50 Neonazis frierend auf den Beginn der zentralen Kundgebung am Nürnberger Platz. Am Bahnhof wurden etwa 600 Kameraden mit „Nazis raus“-Rufen empfangen und wurden nach stundenlangem Warten zurück zu den Zügen geleitet. Nur im Stadtteil Plauen konnten sich rund 800 Neonazis versammeln, die ihre Busse schon vorher verlassen hatten und weitestgehend ohne Polizeibegleitung marschieren konnten.

Während des Tages konnten sich aber auch rechtsextreme Gruppen frei in der Stadt bewegen und dort Angst und Schrecken verbreiten. So griffen etwa 200 Neonazis unter den Augen der Polizei ein linkes Hausprojekt an und schmissen dort mit Steinen die Scheiben ein. Ebenso wie das dezentrale Vorgehen der Neonazis unter Führung vom damaligen Mitglied des NPD-Bundesvorstandes Thomas Wulff fällt wohl auch die gewalttätige Attacke unter „konsequentes Durchsetzen“, das später in Neonazi-Foren gelobt wird. Dies zeige, „dass wir aus Fehlern des Vorjahres gelernt haben“, heißt es dort.

Denn die Verunsicherung der potenziellen Teilnehmer macht die Organisation des Aufmarschs schwer: wer fährt schon gerne durch die Republik, um sich stundenlang die Beine in den Bauch zu stehen. Doch auch der Event-Charakter mit gewalttätigen Übergriffen als Folgen fällt den Organisatoren auf die Füße, denn er steht der gewünschten Form eines „Trauermarschs“ diametral entgegen. Aus diesem Grund steht zu befürchten, dass der bislang problemlos durchgeführte Aufmarsch in Magdeburg in absehbarer Zeit die zentrale Veranstaltung in Dresden ersetzen könnte. Deshalb ist es umso wichtiger, gemeinsam Zeichen gegen Neonazismus, gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus zu setzen! Auf nach Dresden und Magdeburg!

[http://www.nnz-online.de/news/news\\_lang\\_druck.php?ArtNr=105379&WS\\_SESSION=f5adcafc2a35df770fc3f4280dcd2ef1](http://www.nnz-online.de/news/news_lang_druck.php?ArtNr=105379&WS_SESSION=f5adcafc2a35df770fc3f4280dcd2ef1)

---

TAZ | 09.01.2012 | Konrad Litschko

### Keine Chance aufzuhören

Seit 11 Jahren trifft sich eine Gruppe von Spandauern Monat für Monat zur Mahnwache gegen Rechtsextremismus.

Regen, unablässig Regen. Nass klebt der rote Anorak an Angelika Höhne, Tropfen laufen ihr ins Gesicht. Die große, schlanke Frau ignorierts. Immer wieder streckt sie die schon angeweichten bunten Flyer den Vorbeihuschenden entgegen: "Einander achten, Gewalt ächten, Gesicht zeigen." Kopfschütteln, abwimmelndes Händefucheln, vors Gesicht gesenkte Regenschirme. Wer den Zettel nimmt, nimmt ihn wortlos. Höhne schaut verständnisvoll. "Ist klar, bei dem Regen." Hoffentlich ist es der Regen.

Um kurz nach elf an diesem Samstag hat der frühere Pfarrer Rudolf Mende auf dem Spandauer Marktplatz das große, weiße Banner entrollt. Langsam falten sich die grünen, geschwungenen Lettern hervor: "Mahnwache gegen Rassismus, Gewalt, Intoleranz und Antisemitismus". Damit ist die am längsten andauernde Mahnwache der Hauptstadt eröffnet. Zum 126. Mal.

Seit dem 2. September 2000 spannen sie ihr Transparent auf, jeden ersten Samstag im Monat, unbemerkt von der großen Öffentlichkeit. Mone Kraft, eine zierliche, ruhige Frau, auch sie evangelische Pfarrerin im Ruhestand, ist seit dem ersten Mal dabei. Damals hatten drei Neonazis wenige Wochen zuvor den Mosambikaner Alberto Adriano in Dessau erschlagen. Ein Jahr zuvor war im brandenburgischen Guben der Algerier Farid Guendoul nach einer rechten Hetzjagd verblutet. Zeitungen veröffentlichten eine Statistik: 93 Todesopfer durch rechte Gewalt seit 1993. "Da war es wieder Zeit", erinnert sich Kraft. "Da hab ich unsere Jugendseelsorgerin angerufen. Die hatte auch schon dieselbe Idee." Eine Mahnwache.

In Spandau haben Mahnwachen Tradition. In den 80er Jahren mahnten die Spandauer für den Frieden. Anfang der Neunziger, nach den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock, gegen Neonazis. Das tun sie seit 2000 nun erneut. Nur hätte niemand gedacht, dass diese Aktion auch nach elf Jahren noch nicht abgeschlossen sein würde.

Am Samstagvormittag beginnt das Mahnen in der Nicolai-Kirche, gleich neben dem Markt. Acht Gemeindemitglieder sitzen auf Korbstühlen im Altarraum, in der Mitte flackert eine Kerze mit "Pax"-Aufdruck, die Worte hallen im sonst leeren Kirchenschiff. Es ist mehr ein Austausch als eine Andacht. Der frühere Gefängnisseelsorger weist auf den anstehenden Neonazi-Aufmarsch in Dresden hin. Ein Mann sagt, dass auch Kirchenräte nicht frei von Vorurteilen seien. Mone Kraft schlägt das schwere Gesangsbuch auf, sie singen "Lass uns den Weg der Gerechtigkeit gehen". Dann ziehen sie zum Markt.

Zuerst kommen zwei von der SPD dazu, dann eine Frau vom Integrationsbeirat, dann Angelika Höhne von den Grünen. Umarmungen. "Gesundes, neues Jahr erst mal." Zwischen Schuhladen, Apotheke und Burger King reihen sie sich nebeneinander auf. 19 Mahnwachende sind sie am Ende, das liegt im Schnitt. Freundliche Leute mit langen Mänteln und selbst gestrickten Schals, die meisten mit grauen Haaren unter den Kapuzen. Dann kommt der Regen.

Belächelt worden seien sie über die Jahre, erzählen sie, ignoriert, gelobt, auch beschimpft. Markthändler rollten mit den Augen, die Mahnwache sei schlecht fürs Geschäft. Als an einem Samstag die NPD auf dem Markt stand und sich die Protestler den Neonazis gegenüberstellten, gabs Applaus. Als die Mahnwache Plakate mitbrachte, auf denen "So nicht, Herr Sarrazin" stand, zürnten viele Spandauer. "Das ist schon okay", sagt Monika Auener, Religionspädagogin, blaues Regencap. "Wir wollen ja auch ein Anstoß sein." 2001, nach den Anschlägen vom 11. September in New York, hätten sie Muslime eingeladen, erzählt Mone Kraft. "Als Zeichen, das sie zu uns gehören." Eine Mahnwache widmete sich Hatun Sürücü, die von ihren Brüdern ermordet wurde und in Spandau begraben liegt. Und als 2007 zwei Männer am Bahnhof Spandau beleidigt und geschlagen wurden, verlegte man die Mahnwache kurzerhand dorthin.

Diesmal binden sich die Mahner Fotos an ihre Anoraks. So wie auch schon im Dezember. Damals war zuvor bekannt geworden, dass drei Thüringer Neonazis neun migrantische Kleinunternehmer und eine Polizistin erschossen haben sollen. Plötzlich war die ewige Warnung von der Wirklichkeit eingeholt worden. "Wir hätten das nicht gebraucht", sagt Pfarrerin Kraft bitter. Auch die anderen schütteln den Kopf. Rechte Gewalt, in dieser Ungeheuerlichkeit, das habe man nicht für möglich gehalten.

Es sind die Fotos der Mordopfer, die einige Passanten zumindest kurz anhalten, genauer

hingucken lassen. Viele aber eilen weiter in die Geschäfte, noch ehe ihnen Angelika Höhne ihren Zettel in die Hand drücken kann. Ansprechen wird die Mahnwachenden an diesem Samstag keiner mehr.

Die lassen sich davon nicht beirren, auch nicht vom Regen. Es wird herzlich geplaudert. Über Bischof Huber an einem Ende, über Hertha BSC am anderen. Es liegt nichts Schwermütiges über dieser Versammlung. Die Mahnwache, sagt Mone Kraft, ist immerhin etwas, was man tun kann. Als nach einer Stunde das alte Glockenspiel am Markt losläutet, fassen sich die Durchnässten an die Hände, stellen sich im Kreis auf. "Danke und bis zum 4. Februar", ruft Kraft.

Natürlich, sagt die 73-Jährige, habe es "Momente der inneren Müdigkeit" gegeben. "Aber das überwindet man, wenn aufmerksam die Zeitung liest. Die Gewalt ist ja immer noch da." Als vor anderthalb Jahren über die Zukunft der Mahnwache diskutiert wurde, fand sich niemand, der sie beenden wollte. Es gebe keinen Anlass dafür, hieß es einstimmig. Eigentlich, sagt Kraft, sei das mehr als bedauerlich.

<http://www.taz.de/Protest-gegen-Rechtsextremismus/!85197/>

---